

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Rechnungsprüfungsausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 26.11.2013
Sitzung Nummer:	16 (RPA/Si016/2013)
Sitzungsdauer:	17:02 - 19:00 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Altbau, Raum 06

Eike Trumpf
Vorsitzender

Birgit Drong
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Eike Trumpf

Mitglieder

Herr Gerhard Borstell
Herr Jürgen Emanuel
Herr Norbert Tanne
Herr Torsten Werner

beratende Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

Protokollführer

Frau Birgit Drong

von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber
Herr Ralf Mosow
Herr Sebastian Stoll
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 15. Sitzung vom 07.11.2013
 - 4 Diskussion zum Jahresabschluss 2012
 - 5 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2012 des Landkreises Stendal sowie die Entlastung für den Landrat
Vorlage: 521/2013
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende **Herr Trumpf** eröffnet um 17:02 Uhr die 16. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Durch **Herrn Trumpf** wird die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit festgestellt. Die Ausschussmitglieder bestätigen die Tagesordnung.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 15. Sitzung vom 07.11.2013

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 15. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 07.11.2013 wird bestätigt.

zu TOP 4 Diskussion zum Jahresabschluss 2012

Einleitend erinnert **Herr Trumpf** daran, dass die Prüfungsergebnisse bereits in zwei Ausschusssitzungen durch Herrn Mosow vorgestellt und mit ihm diskutiert worden sind, so dass die heutige Sitzung der Diskussion mit der Verwaltungsführung vorbehalten ist. Er verweist auf die 9 wesentlichen Hinweise aus dem Schlussbericht und bittet den Landrat um Äußerungen dazu. **Herr Wulfänger** erläutert zum ersten Hinweis aus dem Schlussbericht den Stand und die weiteren Absichten bezüglich der Doppikeinführung. U.a. wird die Verwaltung darum bemüht sein, die Eröffnungsbilanz bis Ende Februar 2014 zur Prüfung vorzulegen um sie letztlich noch im ersten Halbjahr 2014 beschließen lassen zu können. Die Hinweise der Prüfer dazu werden berücksichtigt. Er informiert die Anwesenden auch, dass die Eröffnungsbilanz des Landkreises nach derzeitigem Stand kein positives Eigenkapital ausweisen wird.

Anschließend erläutert **Herr Stoll** zum zweiten Hinweis aus dem Schlussbericht einige Ursachen für Abrechnungsdifferenzen zwischen den Haushalts- und den Kosten- und Leistungsnachweisdaten im Rettungsdienst, die im Wesentlichen in unterschiedlichen Abrechnungsstichtagen und nachträglich zu berücksichtigenden Kostengesichtspunkten bestehen. Die einzelnen Fakturen sind noch zu belegen. Der Landrat verspricht Transparenz für das Abrechnungsverfahren und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Rettungsdienst im nächsten Jahr zum Stichtag 01.01.2015 neu auszuschreiben ist und dass man durch die Nutzung der Erfahrungen anderer Landkreise und die Hinzuziehung eines kompetenten Planungsbüros Ausschreibungsfehler möglichst vermeiden will. Eine Anfrage von **Herrn Emanuel** beantwortet **Herr Stoll** dahingehend, dass die Kosten für Notrufe vom Landkreis und nicht von den Hilfesuchenden zu tragen sind.

Zum dritten Hinweis bzgl. des Katastrophenschutzes informiert **Herr Wulfänger** einleitend über die Abwicklung von Soforthilfen und dass der Landkreis im Ergebnis der Hochwasserkatastrophe Rechnungen i.H.v. ca. 6,7 Mio. € und darüber hinaus als Verdienstauffälle ca. 1 Mio. € zu bezahlen hatte. Gegenwärtig geht er davon aus, dass der Landkreis aber kaum auf Kosten davon sitzen bleiben wird. **Herr Dr. Gruber** macht bezogen auf die Hilfen auf Diskrepanzen zwischen den Fallzahlen des Landkreises und denen der Investitionsbank aufmerksam, die bisher noch nicht aufgeklärt sind. Zu den Organisations- und Beschaffungshinweisen im Schlussbericht geht der Landrat auf künftige Besetzungs- und Fortbildungsvorhaben für den Kat-Stab ein. Den Vorschlag der Prüfer, den Beschaffungsprozess auch im Katastrophenfall durch vorsorgliche Preiszusagen von den Kosten her besser in Griff zu haben, wird die Verwaltung in den dafür geeigneten Fällen aufgreifen.

Zu den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz als vierten Hinweis aus dem Schlussbericht erläutert **Herr Wulfänger** die 2/3 Kosten- und Erlösbeteiligungen von Land und Bund sowie die Entstehung und die

Höhe offener Forderungen i.H.v. derzeit ca. 8 Mio. € weil Unterhaltsverpflichtete aus den verschiedensten Gründen ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen. Mit den im Bericht aufgezeigten künftigen Ergebnis- und Bilanzauswirkungen wird sich die Verwaltung noch vertiefend auseinandersetzen und dabei auch bilanzpolitische Gesichtspunkte beachten. **Herr Mosow** erläutert in diesem Zusammenhang die aus seiner Sicht guten Lösungsvarianten anderer Bundesländer. Auf eine entsprechende Anfrage von **Herrn Emanuel** antwortet der Landrat, dass der Vollstreckungsaufwand in diesem Bereich angemessen ist und der Landkreis im Vergleich zu anderen Landkreisen über eine sehr gute Erfolgsquote verfügt.

Zur Problematik der sehr abweichenden Mietkosten von Rettungswachen im Landkreis Stendal fasst **Herr Wulfänger** zusammen, dass die Verwaltung die Prüferhinweise aufgreifen wird, indem hohe Preise nachverhandelt und auch das Niveau der Rettungswachen untersucht werden sollen. Er möchte perspektivisch auch die Alternative des Baus eigener Rettungswachen aufgreifen, wenn es sich im Kreishaushalt wirtschaftlich darstellen lässt. Anschließend diskutieren die Anwesenden mögliche Standortfragen. **Herr Borstell** begrüßt Wirtschaftlichkeitsvergleiche bei Kauf- und Leasingvarianten bzw. Eigenbau- und Mietalternativen und regt an, künftig verstärkt davon Gebrauch zu machen.

Bezogen auf die Lösung der Dach- und Fachproblematik des Jenny-Marx-Heimes beabsichtigt der Landrat weitere Gespräche mit den Pächtern, schließt aber auch die Verkaufsoption nicht aus. Eine für den Landkreis vorteilhafte Lösung wird u.a. unter Abwägung der derzeitigen Pachteinahmen, der Vertragslaufzeit und der Auslastung der Einrichtung angestrebt.

Zur Gebührenausgleichsrücklage im Bereich der Abfallentsorgung sagt **Herr Wulfänger**, dass eine einheitliche Verfahrensweise bezüglich der Behandlung von Abgängen auf Kasseneinnahmeresten beim Landkreis und der ALS durchgesetzt wird. Bezüglich der Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals der ALS zu Lasten der Gebührenzahler strebt er einen Zinssatz von künftig 2 % statt bisher 4 % an. Bezüglich der Feststellungen zu den Abrechnungsfehlern im ÖPNV verweist er abschließend auf bereits vorgenommene Korrekturen.

Herr Trumpf bedankt sich beim Landrat und bittet die Ausschussmitglieder um weitere Fragen. **Herr Tanne** sagt, dass das FTZ gut angelegt ist und fragt ob die Fenster erneuert werden können um Heizkosten zu sparen. **Herr Wulfänger** führt dazu aus, dass dazu keine Mittel zur Verfügung stehen. Das Problem ist bekannt und kann nur mit einer Kreditaufnahme gelöst werden. Es gibt dort noch mehr Mängel bezüglich von Sicherheitsanforderungen. **Herr Borstell** fragt, ob es eine Übersicht zu Brandschutzproblemen beim Landkreis gibt. **Herr Wulfänger** bejaht dies. Anschließend erläutert er verschiedene Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten. Auf Aussagen von **Herrn Werner** und **Herrn Emanuel** zum sehr hohen Kostenniveau des Kindereinrichtungsneubaus des DRK in Osterburg antwortet der Landrat, dass die Stadt Osterburg dafür federführend sei.

Herr Trumpf beendet die Diskussion und erinnert daran, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Schlussbericht und damit den heute angesprochenen Themen dem Kreistag für die Beschlussfassung zur Jahresrechnung 2012 und der Entlastung des Landrates vorgelegt wird. Er fragt, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. Dieses wird verneint. Herr Trumpf verabschiedet den Landrat und die Beigeordneten.

zu TOP 5 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2012 des Landkreises Stendal sowie die Entlastung für den Landrat
Vorlage: 521/2013

Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Kreistag einstimmig die Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2012 und die uneingeschränkte Entlastung des Landrates.

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.